

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXI/87

Bonn den 6. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite Zeilen

1 - 2 90

Um die "angemessene" Miete

Es fehlen Rechtsklarheit und Rechtssicherung im Mietrecht

Von Margarete Berger-Neise, MdB

3 41

Kleine Ursachen - große Wirkung

Finanzamt, Nachschichten und Umsatzsteuer

Von Fritz Säger, MdB

4 42

Mehrzweckwaffe der SPD

Alfred Kubel seit 20 Jahren Niedersächsischer Minister

5 - 6 100

Demagogie nach alten Klischees

Unverschämtheiten der "neuen Bildpost"

Von Günter Grossmann

+ + +

## Um die "angemessene" Miete

---

Es fehlen Rechtsklarheit und Rechtssicherheit im Mietrecht

Von Margarete Berger-Heise, MdB

Von den 565 Stadt- und Landkreisen in der Bundesrepublik sind jetzt 500 "weiße Kreise", in denen entweder die Wohnraumbewirtschaftung oder auch bereits die Mietpreisbindung und das Mieterschutzgesetz aufgehoben worden sind. Als gesetzliche Grundlage dieser Maßnahme diente eine mehr als fragwürdige Methode zur Berechnung des Wohnungsdefizits.

So wurde zum Beispiel Offenbach am Main am 1. Juli 1964 "weißer Kreis", obwohl eine Befragungsaktion Ende 1965 ein Wohnungsdefizit von fünf Prozent ergab; 2 089 Wohnparteien von 41 300 hatten nämlich entweder noch keine eigene Wohnung oder mußten in ihrer nicht zumutbaren Unterkünften leben. Für Lüneburg errechnete das Landesverwaltungsamt Hannover einen Fehlbestand von 62 Wohnungen, der Oberstadtdirektor aber weist nach, daß dort noch 2 000 Wohnungen fehlen.

In Nordrhein-Westfalen haben die CDU-Minister Meyers, Franken und Lemmer bei der Bundesregierung protestiert, daß Düsseldorf, Olpe, Wiederbrück und Mönchengladbach, der Wahlkreis des Ministerpräsidenten Meyers, am 1. Juli dieses Jahres zu "weißen Kreisen" erklärt werden sollen. Nicht nur die Landtagswahlen am 10. Juli mögen sie dazu veranlaßt haben, sondern auch die Ergebnisse einer eigenen statistischen Befragung.

In den bereits weiß gewordenen Kreisen aber bietet die an Stelle des Mieterschutzgesetzes getretene sogenannte Sozialklausel (§ 556 a des BGB) dem Mieter keinen ausreichenden Schutz vor willkürlicher Kündigung. Für 134 rauschende Mieter hat der Mietverein Neumünster aufgrund dieser Sozialklausel Widerspruch gegen die erfolgte Kündigung erhoben; vom Gericht aber wurden alle Einsprüche ohne Ausnahme abgelehnt.

Sogar der CDU-Landesausschuß Schleswig-Holstein hielt die schutzwürdigen Interessen des Mieters in dieser Klausel für nicht ausreichend berücksichtigt, und Ministerpräsident Dr. Lemke (CDU) forderte von den Richtern, ältere Menschen mehr als bisher vor der Kündigung des Mietverhältnisses zu schützen.

Die Bundesregierung ist dagegen noch immer der Auffassung, wie Bundesjustizminister Dr. Jaeger mitteilte, daß die schutzwürdigen Interessen der Mieter in den Lücke-Gesetzen ausreichend berücksichtigt seien.

Viele Richter fühlen sich überfordert, wenn sie entscheiden sollen, ob eine Mietpreisforderung nach Freigabe der Mieten "angemessen" ist, weil der Gesetzgeber sich gescheut hat, ihnen konkrete Beurteilungsmaßstäbe in die Hand zu geben. Ein Frankfurter Amtsgerichtsurteil hält eine Miete von 6,50 DM pro Quadratmeter Wohnraum in einem dürftigen Altbau z.B. für nicht angemessen.

(Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 4. 1966). Dagegen erklärte der Landesverband der hessischen FDP, die in Bonn zur Bekämpfung des Mietwuchers verabschiedeten Gesetze seien unzureichend; er gab diese Stellungnahme an seine Bundestagsfraktion mit der Aufforderung zur Bearbeitung weiter.

Die Sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat nun am 4. Mai einen "Gesetzentwurf zur Bekämpfung sozialer Notstände auf dem Gebiet des Mietrechts" eingebracht. Als Mietwucher sollen danach in der Regel Forderungen gelten, die 40 Prozent über der jeweiligen Angemessenheitsverordnung der Länder liegen, die nach der Mietpreisregelung in Kraft tritt. Diese Angemessenheitsverordnung gilt für Wohnungen, die bis zum 20. Juni 1948 bezugsfertig geworden sind, und beachtet sowohl ihre Ausstattung wie die Größenklasse der Gemeinde in der sie liegen. Für die nach dem 20. Juni 1948 bezugsfertig gewordenen Wohnungen sollen Entgelte, die die Kostenmiete um mehr als ein Drittel übersteigen, als Mietwucher behandelt werden können. Diese Sätze dürfen nur dann überschritten werden, wenn ihre Einhaltung nach der besonderen Lage des einzelnen Falles unzumutbar sein würde.

Der jetzt unzureichende Schutz des Mieters vor ungerechtfertigter Kündigung soll in einer Neufassung des § 556 a des BGB verbessert werden. Danach kann in Zukunft die Kündigung eines Wohnverhältnisses durch den Vermieter nur schriftlich unter Angabe der Gründe erklärt werden. Sie ist unwirksam, wenn sie sozial nicht gerechtfertigt ist und der Mieter innerhalb von vier Wochen nach Zugang der Kündigung schriftlich widerspricht. Die Kündigung durch den Vermieter ist gerechtfertigt, wenn sie durch Gründe bedingt ist, die im persönlichen, dem Vermieter unzumutbaren Verhalten des Mieters oder in schuldhaften erheblichen Verletzungen der Mieterpflichten trotz Abmahnung liegen oder wenn ein überwiegendes und dringendes Raumbedürfnis des Vermieters oder seiner nächsten Familienangehörigen oder vordringliche Erfordernisse seiner Hauswirtschaft vorliegen.

Zur Zeit kann der Vermieter ein Jahr nach der Erklärung eines Stadt- oder Landkreises zum "weißen Kreis" unter Einhaltung der Kündigungsfristen ohne jede Angabe von Gründen kündigen. Der Widerspruch des Mieters ist zumeist ohne jede Wirkung oder bewirkt höchstens eine kurzfristige Verlängerung seines Vertrages. Erkennt das Gericht aber auf Räumung der Wohnung, so ist es an die Frist von einem Jahr gebunden, die sich in der Praxis häufig als nicht ausreichend - zum Beispiel für eine kinderreiche Familie, die den Vermietern selten willkommen ist - erweist. Darum soll nach dem Entwurf der SPD die Räumungsfrist vom Gericht auf zwei Jahre angesetzt werden können.

Die Bundestagsfraktion der SPD hofft durch dieses verbesserte Mietrecht auf einen gerechteren Ausgleich zwischen den Interessen der Mieter und der Vermieter, ist sich jedoch zugleich darüber klar, daß nur durch die Fortführung des sozialen Wohnungsbaus der noch bestehenden Wohnungsnot abgeholfen werden kann.

### Kleine Ursache - große Wirkung

---

Finanzamt, Nachrichten und Umsatzsteuer

Von Fritz Sängor, MdB

Ein Finanzamt wurde tätig. Es machte eine Betriebsprüfung. Das gehört sich so. Die Prüfer stellten fest, daß da ständig eine Ware aus dem Ausland eingeführt werde und das - jetzt wird die Sache kompliziert - denn diese "Ware" sind Nachrichten irgendwo in der Welt werden sie gefunkt. Die Wellen lagern durch den Äther und überspielen auch deutsche Empfangsstationen. Dort werden sie eingefangen, und eine aufmerksame Redaktion hat Informationen erhalten die sie ihren Lesern und Hörern bietet: der Weg zur informierten Gesellschaft!

Das Finanzamt indessen meinte, die "Leistung" des ausländischen Informanten werde nicht etwa irgendwo in der Ferne, sondern hierzulande getätigt. Also müsse seine Ware unter das deutsche Gesetz über die Umsatzsteuer fallen. Einige Jahre schaute war man nicht auf diese Idee gekommen, und es ging alles gut. Der Strom der Nachrichten fließt um die ganze Erde, neue Quellen ergießen sich in ihn hinein und überall schöpfen die wissbegierigen Menschen an seinen Ufern. Die Welt lernt sich kennen, weiß voneinander, denkt vielleicht miteinander und - wenn es ganz gut wird - denkt sie auch füreinander. Der Strom segnet die Erde.

Aber sobald das Finanzamt eingriff wurde das anders. Es schickte nämlich einer ausländischen Nachrichtenagentur, einer, mit der die deutsche Institution gleicher Aufgabe in fruchtbarer Beziehung steht, eine Steuerforderung und dann sogar einen Pfändungsbefehl - und der wurde auch befolgt. Aber dann war Schluss. Ein Vertrag über den Nachrichtenaustausch lief gerade aus; er wurde nicht erneuert. Das Geben und Nehmen, das Wissen und Hören, das Mitdenken und Hoffen müßte erlöschen, wenn das fündige Finanzamt darauf beharrt und wenn ein altes langames Bundesfinanzministerium es nicht korrigiert. Dann werden andere Quellen auch versiegeln, und der Strom wird zum Saeh, der dann aber auch die Informationen nicht mehr hinausträgt, die von unseren Dingen berichten und von denen wir Deutschen möchten, daß die Welt sie kennt.

Eine verzwickte Sache? Oder ist sie nicht ganz einfach? In anderen Ländern gab man, als dort diese Wirkung einer kleinen Ursache erkannt wurde, dem zuständigen Gesetz irgendwo einen neuen Absatz: "Befreit sind Umsätze aus der Übermittlung und Überlassung ausländischer Nachrichten aller Art zur publizistischen Verwertung im Inland." und das gilt dort auch für Bild- und Filmmaterial. Dort - in anderen Ländern. Ob das nicht auch bei uns gehen? Ob es nicht längst hätte getan werden müssen?

### Mehrzweckwaffe der SPD

---

Alfred Kubel seit 20 Jahren niedersächsischer Minister

R.B. - Alfred Kubel, der niedersächsische Finanzminister, steht 20 Jahre als Minister im Dienst Niedersachsens: Am 7. Mai 1946 wurde er, knapp 37 Jahre alt, zum Ministerpräsidenten von Braunschweig ernannt. Seit der Gründung des Landes Niedersachsen leitete er nach-  
einander, mit zur zweijähriger Unterbrechung, die Ministerien für  
Wirtschaft, Arbeit, Aufbau, Gesundheit, Finanzen und Landwirtschaft  
- eine schlechtin einmalige Laufbahn. Man sagt Kubel nach, daß er  
ein ungewöhnlich zielstrebig, erfolgreicher Minister war und ist

Alfred Kubel ist von Haus aus Braunschweiger und Industriekaufmann und daher mag es rühren, daß er sich von den wirtschafts-  
politischen Amtsbereichen der Landesregierung besonders angezogen  
fühlt: Unabhängig von seinem jeweiligen Ministeramt behielt er den  
Vorsitz der Hannoverschen Messe AG stets bei

Alfred Kubel ist der Typ des Selbmademanns, der kühl und nüch-  
tern kalkuliert; dennoch hat er Phantasie: Ihm fällt etwas ein,  
und da er Energie und Courage hat, bleibt der Erfolg nicht aus

Besonders als Landwirtschaftsminister hat Kubel vor sich ge-  
den gemacht. Als erster in diesem Amt ging er die Probleme der  
niedersächsischen Landwirtschaft mit dem Rechenstift des Kaufmanns  
an. Er legte besonderen Wert darauf, auch die überörtliche Struk-  
tur der Landwirtschaft zu verbessern; sein Plan der Aufteilung  
vieler Domänen des Landes half der Flurereinigung voran; schließ-  
lich entwickelte er ein neues System der Umschuldung und einen  
"sozialen Ergänzungsplan", der die Besitzer nicht existenzfähiger  
Kleinbetriebe zu Verkauf oder Verpachtung anregen soll, damit ande-  
re Betriebe, die hart an der Rentabilitätsgrenze wirtschaften, auf-  
gesteckt werden können. Dieser Politik wird es zugeschrieben, daß  
die SPD in Niedersachsen auf dem Lande viele Stimmen hinzugewann

Als Finanzminister ging Alfred Kubel im letzten Jahr kaum  
weniger unkonventionelle Wege. Er leitete die Privatisierung we-  
sentlicher Teile der landeseigenen Niedersachsen Gebä ein, er  
konzipierte für den Ausbau der Universität Göttingen neuartige  
Methoden: Die Einschaltung der kapitalkräftigen Wohnungsgesell-  
schaft "Neue Heimat". Und er forciert Möglichkeiten in der Haus-  
haltungspolitik des Landes zu mehrjährigen Übersichten von Einnahmen  
und Ausgaben zu kommen.

Minister Kubel gehört demnach nicht ohne Grund zu den bekann-  
testen Mitgliedern des niedersächsischen Kabinetts. Er sei die  
"Mehrzweckwaffe der SPD", meinte der SPD-Praktionsvorsitzende  
Fritz Erlner, und in der Tat: Alfred Kubel kann man sich an der  
Spitze beinahe jedes Ministeriums vorstellen; von seiner Art  
gibt es nicht viele in der Bundesrepublik

## Demagogie nach alten Klischees

### Unverschämtheiten der "neuen bildpost"

Von Günter Grossmann

Zu dem Schlagabtausch von Argumenten, wie er im Interesse des ganzen deutschen Volkes zwischen den demokratischen Kräften im einen Teil und dem totalitären Regime im anderen Teil Deutschland erfolgen soll, lesen wir: "Herbert Wehner, der in kommunistischen Taktiken ausgekochte Kopf der SPD, hat eine 'gesamtdeutsche' Suppe bereitet, die nun gar ist. Vielleicht ist sie aber auch schon angebrannt. Willy Brandt zeigt jedenfalls keine allzu großen Hemmungen, diese Suppe mit bemerkenswertem Eifer einzulöffeln. Als junger Mann hat Brandt nach Hitlers Machtergreifung bereits Ulbricht in Paris kennengelernt. Mit ihm und anderen Kommunisten und Sozialdemokraten unterzeichnete er damals einen Aufruf an das deutsche Volk. Und das deutsche Volk wird es auf jeden Fall wieder sein, das die 'gesamtdeutsche' Funktionärs-Suppe 66 auszulöffeln hat - ob nun gar, angebrannt oder mit einer gehörigen Portion Wodka versehen."

Diese Worte, im Stil des "Schwarzen Korps", sind nicht in der "Deutschen National- und Soldaten-Zeitung" zu finden. Dieses niederträchtige Gebrauh demagogischer Formalisierung, das das letzte Häuflein thumber Spießbürger bei der Stange halten soll, ist - Gott sei's ge-  
kragt - in der "neuen bildpost" vom 6. Mai 1966 enthalten, in einem Blättchen, das sich anheischig macht, "christliche Politik" oder das, was es dafür halt, zu interpretieren. Sein apolitisches Geccires zu diesem Thema schließt das Blättchen mit governantenhaft erhobenen Zeigefinger: "Hat Wehner überhaupt noch in der Lage, die Grenzen eines solchen waghalsigen Unternehmens zu wahren? Weiß Wehner, daß er mit einem einzigen Schritt über diese Grenze hinaus seine demokratische Koalitionsfähigkeit verliert?"

Das klingt ganz so, als wenn Minderjährige unter Androhung gefährlicher Konsequenzen zur Wohlانständigkeit gemahnt werden sollen. Nichtern gesehen ist das der Gipfel der Unverschämtheit gegenüber demokratischen Politikern, wie sie sich in dieser Form kaum ein Politiscipräsident des wilhelminischen Obrigkeitstaates erlauben hätte.

In den Spalten neben dem erwarteten mißglückten Kurzkomentar wird in einem "offenen Brief" an den Bundestagsabgeordneten Leber ein Stückchen sogenannter "christlicher" Demagogie - pardon, Demokratie - vorexerziert.

Außer der Kritik an gewissen verfassungsrechtlichen Bedenken sozialdemokratisch regierter Länder am Bundessozialhilfegesetz (jene rechtlichen Bedenken werden hier kurzerhand als Anschlag auf die "vielfältige karitative Tätigkeit der Kirche" gewertet) ist darin der Einweis enthalten, "daß die fortwährende Kritik von SPD-Organen an katholischen Bischöfen, Politikern und Pöblizisten wohl nicht die geeignete Grundlage für einen Dialog zwischen SPD und Kirche ist, "und" daß zwischen den glatten Formulierungen des Godesberger Programms von 'Partnerschaft' und 'Achtung vor den Kirchen' - einerseits und der praktischen Parteipolitik der SPD andererseits ein krasser Unterschied besteht."

Diese schlichten Feststellungen sind ebenso einfach und schlicht verlogen.

Es wird hierzulande tatsächlich oftmals noch mit zweierlei Maß gemessen; wenn sozialdemokratische katholische Parlamentarier aus sachlichen Erwägungen die Entscheidung eines bischöflichen Ordinariats oder die Haltung irgendeiner kirchlichen Institution zu kritisieren wagen, dann ist das selbstverständlich finsterster Kirchenhaß oder gar sündhafte Glaubensverleugnung. Wenn aber katholische CDU-Politiker aus ebenso objektiv gerechtfertigten Gründen eine Kritik an den gleichen Autoritäten anmelden, so ist das natürlich mitbrüderliche Sorge um das Wohl von Herde und Hirten.

Der große psychologisch berechnete Schienker kommt dann für sie ganz dummen: "Wieso ist es ein Unfug, sich zu einer Politik aus christlicher Verantwortung zu bekennen? Wieso ist es eine Zumutung, das politische Leben nach christlichen Grundsätzen zu gestalten? Wie verträgt es sich mit ihren Begriffen von Toleranz, Schutz und Hilfe, wenn Glieder der Kirche dafür diffamiert werden weil, sie auch im politischen Bereich ihrem christlichen Gewissen folgen?"

Ich kenne aus der politischen Praxis der Sozialdemokratie keinen einzigen Fall, wo ein gläubiger Jude, ein überzeugter Katholik oder ein aufrechter Protestant dafür getadelt wurde, daß er seine Glaubensüberzeugung zur Grundlage einer politischen Entscheidung gemacht hat. In der Sozialdemokratischen Partei arbeiten Christen, Juden und Andersgläubige mit nichtgläubigen Menschen an der Gestaltung des Gemeinwohles zusammen, die einen auf der Basis religiöser Ethik die anderen aus anderen sittlichen Überzeugungen heraus

daß auch die Letzteren das Recht zu politischer Aktivität haben und nicht in luftige Käfige gesperrt oder auf Scheiterhaufen verbrannt werden, dürfte in der pluralistischen Gesellschaft selbstverständlich sein.

Dann wird die Katze vollends aus dem Sack gelassen: "Ja schon wir eine Partei, in der christliche Politiker Deutschlands Schicksal verantwortlich und mit beispiellosem Erfolg gestaltet haben. Und da sehen wir eine sozialistische Partei, die dagegen opponierte, ewig kritisierte und alles oft nur ein 'Mein' konnte. Eine Partei, die nur äußerst zögernd und schwerfällig den Ballast ihrer antikristlichen und antikirchlichen Vergangenheit abwarf!"

Das ist das gängige aber falsche-Jachkriegsklischee für den kleinen Moritz. Auf der einen Seite der Erfolg als offenkundiger Lohn "christlicher" Überzeugung (den kalvinistisch geprägten Erbauern des britischen Empire sagten spitze Zungen nach: Sie sagen Jesus Christus und meinen Kattun). Auf der anderen Seite die nörgelnden und ebenso erfolglosen "Sozialisten". Schon allein der Begriff "sozialistisch" soll dem apolitischen Spießler einen tödlichen Schrecken einjagen; demiv sollen sich psychologisch nicht ungeschickt, aber grenzenlos demagogisch - die Begriffe Meckerei, Hiesmacherei und natürlich Erfolglosigkeit verbinden.

Mit solchen Klamotten aus der Rumpelkammer emotionaler Argumentation und Pseudologik will man Ressentiments mobilisieren. Man verfälscht einfach das Wesen und die Zukunftsträchtigkeit der sozialen Demokratie.

Das ist billig und hat mit Christentum, mit Demokratie und überhaupt mit Verantwortung nichts mehr zu tun.